

Geschäftsbericht

über das

Kalenderjahr 2005



Inhaltsverzeichnis

- Vorwort
- Allgemeines
- G.u.V. 2005
- Bilanz zum 31.12.2005
- Anhang zur Bilanz
- Lagebericht



Vorwort

Das Jahr 2005 - über welches wir hier zu berichten haben – könnte definiert werden als ruhig, effektiv und stetig. Das gilt für die Kapitalanlageentwicklungen und die Verwaltungsabläufe genauso, wie für die konstruktiv kritischen Diskussionen in den Gremien des Versorgungswerkes und der Zahnärztekammer Berlin. Wir sind inzwischen glücklicherweise ein ganz normales Versorgungswerk.

Nun erstellen wir den Geschäftsbericht aber zu einem Zeitpunkt, in dem die Wirtschaftsprüfung abgeschlossen und somit das nächste Geschäftsjahr schon in vollem Gange ist. Ein Geschäftsjahr, in dem Weichen für die Zukunft unseres Versorgungswerkes gestellt worden sind.

Teilrechtsfähigkeit oder selbständige Körperschaft, das war die Entscheidung, vor der die Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin stand.

Wer die Diskussion im Vorfeld verfolgt hat wird festgestellt haben, daß sich viele Delegierte und sonstige interessierte Mitglieder mit diesem richtungweisenden Thema auseinandergesetzt haben und die Diskussion belebt haben. Zwar haben sich 33 Delegierte für die Körperschaft ausgesprochen (10 dagegen, 1 Enthaltung), doch die nach dem Kammergesetz notwendige 4/5 Mehrheit wurde nicht erreicht.

Damit kommt zwangsläufig die sogenannte Teilrechtsfähigkeit mit der Trennung des Vermögens zwischen Kammer und Versorgungswerk und der Bildung getrennter Organe bei gleichzeitiger Personentrennung in den Organen zwischen Kammer und Versorgungswerk. Diese Ämtertrennung wird in der Zahnärztekammer seit langem gelebt und erhielt breite Unterstützung in der Kollegenschaft. Auch ist dies in den Anschlußsätzen unseres Versorgungswerkes schon immer enthalten. Andere Berufsgruppen – das wollen wir nicht verhehlen – sehen diese Thematik ganz anders.

Der vor uns liegende Zeitraum wird also von der Umsetzung der Teilrechtsfähigkeit beherrscht sein und der angekündigten Diskussion um eine neue transparente Satzung.

Natürlich wollen wir Ihnen auch die wesentlichsten Daten und Entwicklungen des Kalenderjahres 2005 nicht vorenthalten und haben diese hier nachfolgend zusammengestellt. Umfangreichere Ausführungen finden Sie wie immer auf unserer Website unter www.VZBerlin.org.

Albert Essink
Vorsitzender
Verwaltungsausschuß

Rolf Janowski
stellv. Vorsitzender
Verwaltungsausschuß

Allgemeine Eckdaten

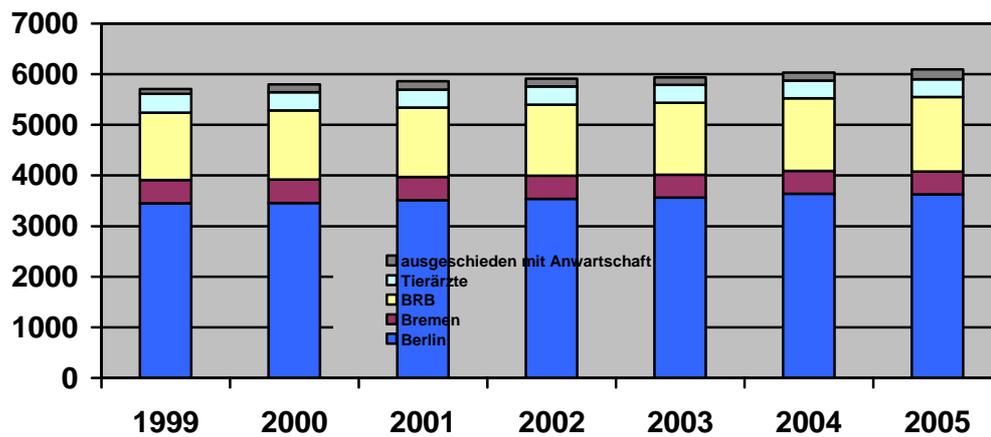
Aufstellung der wesentlichen Eckdaten des VZB jeweils zum Stichtag 31. Dezember der Jahre 2004 und 2005:

	2004	2005
Vermögensanlagen (TEUR)	689.079	750.950
Davon:		
Wertpapiere	21.850	23.978
Namenspapiere	46.370	53.167
Schuldscheindarlehen	158.094	178.068
Investmentanteile	259.744	324.838
Immobilienbestand	152.025	146.697
Termingelder	49.794	23.000
Andere Kapitalanlagen	1.200	1.200
Vermögensertrag	37.222	49.673
Effektivverzinsung der Kapitalanlagen	4,49 %	4,76 %
Verwaltungskostensatz	2,06 %	1,99 %
Beiträge gesamt (TEUR)	41.585	38.683
Davon:		
Pflichtbeiträge	38.381	38.224
Freiwillige Beiträge	2.210	2.216
Überleitungen	736	434

Mitgliederentwicklungen

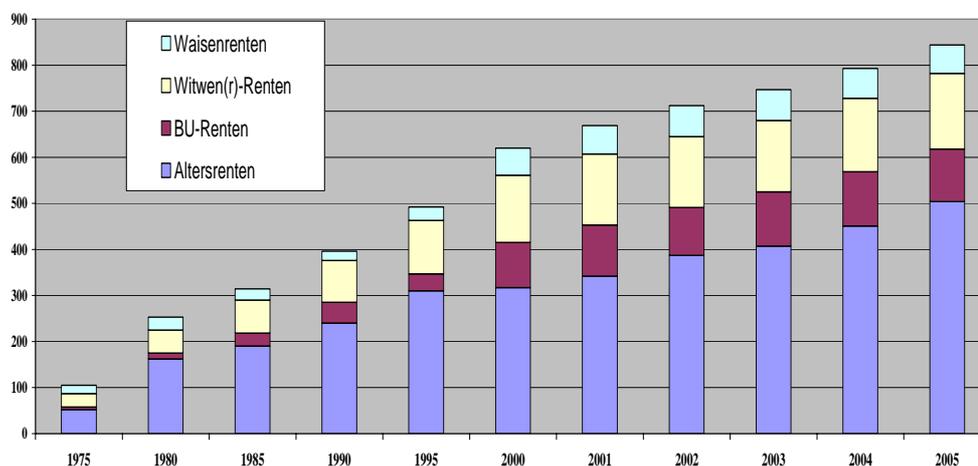
Aktive Mitglieder

Das VZB befindet sich noch in der Wachstumsphase, wenngleich die Mitgliederzunahme geringer ausfällt. Auch ist dieses Wachstum aufgrund der allgemeinen Situation in der Zahnärzteschaft nicht mit steigenden Beitragseinnahmen verbunden. Die Zahl der Mitglieder, die von der Möglichkeit der Beitragsreduzierung Gebrauch machen, ist steigend und wird mit Sorge betrachtet.



Rentenempfänger

Im Berichtsjahr nahm die Anzahl der Berufsunfähigkeitsrentenempfänger ab. Das bedeutet, daß mehr BU-Rentner die Altersrente erreicht haben als neue BU-Renten bewilligt worden sind. Ein Umstand, der zeigt, daß das Versorgungswerk im Fall des Falles für seine Mitglieder da ist, die Entscheidungen aber nach entsprechender Sachaufklärung sorgsam getroffen werden.



Versicherungsmathematik

Das VZB erstellt turnusmäßig alle drei Jahre ein versicherungsmathematisches Gutachten. Die im Berichtsjahr erzielten Überschüsse wurden in die Überschußrückstellung der Bilanz eingebracht und verbleiben dort, bis mit dem nächsten Gutachten dann über die Verwendung entschieden wird.

Fragen zum VZB

Besuchen Sie uns auf dem Berliner Zahnärztetag am gemeinsamen Stand mit der Zahnärztekammer Berlin am 19. und 20. Januar 2007 in Estrel Convention Center, Berlin.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
 FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2005 BIS 31. DEZEMBER 2005
 DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

	EUR	Vorjahr TEUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Verdiente Beiträge/gebuchte Beiträge	38.683.476,85	41.585
2. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Grundstücken und Bauten	9.440.583,70	8.930
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	38.212.714,86	19.395
c) Erträge aus Zuschreibungen	825.985,68	0
d) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>1.194.234,87</u>	8.897
	49.673.519,11	37.222
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge	<u>480.132,34</u>	221
	88.837.128,30	79.028
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle	11.903.577,89	10.790
5. Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewährungsbeiträge, Austrittsvergütungen und Überleitungen	1.150.789,87	1.934
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	<u>0,00</u>	143.041
	<u>13.054.367,76</u>	155.765
	75.782.760,54	-76.737
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a) Persönliche Aufwendungen	569.509,16	595
b) Sonstige Aufwendungen	<u>457.828,63</u>	483
	1.027.337,79	1.078
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	4.462.537,34	4.151
b) Abschreibungen	11.314.722,47	2.858
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>0,00</u>	755
	<u>15.777.259,81</u>	7.764
9. Versicherungstechnisches Ergebnis	58.978.162,94	-85.579

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
 FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2005 BIS 31. DEZEMBER 2005
 DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

	EUR	Vorjahr TEUR
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG		
1. Sonstige Erträge	115.760,75	0
2. Sonstige Aufwendungen	<u>1.238,01</u>	1
	<u>114.522,74</u>	-1
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	59.092.685,68	-85.580
4. Sonstige Steuern	<u>116,00</u>	0
5. Jahresüberschuss / -fehlbetrag	<u>59.092.569,68</u>	-85.580
6. Entnahme aus der Überschussrückstellung	0,00	85.580
7. Zuführung zur Überschussrückstellung	<u>-59.092.569,68</u>	0
8. Bilanzgewinn/-verlust	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0</u></u>

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2005
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

A K T I V A

P A S S I V A

	EUR	Vorjahr TEUR		EUR	Vorjahr TEUR
A. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE			A. ÜBERSCHUSSRÜCKSTELLUNG	59.092.569,68	0
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	60.372,00	218			
B. KAPITALANLAGEN			B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN		
I. Grundstücke und Bauten			I. Deckungsrückstellung lt. versicherungsmathematischer		
einschließlich Anlagen im Bau			Berechnung zum 31. Dezember 2004	666.976.421,00	666.976
1. Grundstücke	34.307.087,17	35.634	II. Rückstellung für Leistungsverbesserung	24.524.790,13	24.525
2. Gebäude	110.487.725,50	107.608		691.501.211,13	691.501
3. Außenanlagen	1.902.742,00	1.954	C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN		
4. Anlagen im Bau	0,00	6.829	I. Rückstellungen für Pensionen und		
	146.697.554,67	152.025	ähnliche Verpflichtungen	175.516,98	165
II. Sonstige Kapitalanlagen			II. Sonstige Rückstellungen	166.632,78	176
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht				342.149,76	341
festverzinsliche Wertpapiere	324.838.929,70	259.745	D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN		
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere			I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen		
festverzinsliche Wertpapiere	23.978.565,67	21.851	Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	1.611.473,01	513
3. Sonstige Ausleihungen			II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.132.464,14	10.153
a) Namensschuldverschreibungen	53.167.166,45	46.370	III. Sonstige Verbindlichkeiten	2.182.521,38	2.144
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	178.068.712,59	158.094	davon aus Steuern: EUR 90.402,51 (Vj. TEUR 12)		
4. Einlagen bei Kreditinstituten	23.000.000,00	49.794	davon im Rahmen sozialer Sicherheit:		
5. Andere Kapitalanlagen	1.200.000,00	1.200	EUR 27.767,10 (Vj. TEUR 27)	13.926.458,53	12.810
	604.253.374,41	537.054			
	750.950.929,08	689.079			
C. FORDERUNGEN					
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen					
Versicherungsgeschäft an Mitglieder	1.920.950,22	2.472			
D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE					
I. Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	337.482,00	407			
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten					
und Kassenbestand					
1. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	3.460.310,10	5.324			
2. Kassenbestand	2.916,73	1			
	3.463.226,83	5.325			
III. Andere Vermögensgegenstände					
1. Mietforderungen	1.550.452,69	1.276			
2. Sonstige	1.062.338,38	1.038			
	2.612.791,07	2.314			
	6.413.499,90	8.046			
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
1. Abgegrenzte Zinsen (noch nicht fällig)	5.318.523,87	4.624			
2. Sonstige	198.114,03	213			
	5.516.637,90	4.837			
	764.862.389,10	704.652			
	764.862.389,10	704.652			

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2005
DES
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 und 5 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Immobilien, Investmentfondsanteile, Wertpapiere und Genossenschaftsanteile.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen für die Gebäude wurden zum 1. Januar 2000 neu bemessen. Grundlage dafür bildeten die in den Verkehrswertgutachten festgelegten Restnutzungsdauern von 20 bis 50 Jahren. Für die Außenanlagen wird eine Nutzungsdauer zwischen 15 und 25 Jahren zugrunde gelegt.

Abgänge wurden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die sonstigen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 3 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip mit dem niedrigeren Kurswert zum Bilanzstichtag bewertet. Abschreibungen auf den niedrigeren Wert wegen gesunkener Kurswerte wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

Die Namensschuldverschreibungen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341c HGB mit Anschaffungskosten in Höhe des Nennwertes bilanziert.

Die Bewertung der Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt mit den Anschaffungskosten in Höhe des Nennwertes.

Schuldscheinforderungen und Darlehen und Namensschuldverschreibungen, deren Zinszahlung am Ende der Laufzeit erfolgt (so genannte Zero-Papiere) wurden mit dem Nennwert zzgl. aufgelaufener Zinsen bilanziert.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung einer Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge werden sowohl nach der Vereinfachungsregel, d.h. Zugänge in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres werden mit dem vollen Jahresbetrag, Zugänge in der zweiten Geschäftsjahreshälfte mit dem halben Jahresbetrag, als auch zeitanteilig (pro rata temporis) abgeschrieben.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden gemäß der versicherungstechnischen Bilanz zum 31. Dezember 2004 von Herrn Diplom-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht ausgewiesen. Der Überschuss zum 31. Dezember 2005 wurde in die Überschussrückstellung eingestellt, da im Berichtsjahr von § 24 der Satzung Gebrauch gemacht und kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt wurde.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Alle zum Abschlussstichtag entstandenen und bis zum Tag der Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken sind berücksichtigt.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhaltet den Anspruch auf Altersvorsorge des ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte anhand einer vorläufigen Berechnung. Für die Berechnung wurde ein Zinssatz von 6 % zugrunde gelegt. Ein Pensionsgutachten hat nicht vorgelegen.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 24 der Satzung sowie entsprechend den Vorschriften des VAG (in der Fassung vom 17. Dezember 1992; mit letzter Änderung vom 5. Juli 2004) und der RechVersV gegliedert.

II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Kapitalanlagen

a) Grundstücke und Bauten

Im Berichtsjahr wurde ein Teil des Immobilienbestandes durch Wertgutachten neu bewertet. Die hierbei ermittelten Verkehrswerte führten zu außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von TEUR 8.526 (Vj. TEUR 500). Gleichzeitig konnten in Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 826 (Vj. TEUR 0) zugeschrieben werden.

Das Versorgungswerk nutzt eigene Räumlichkeiten in der Rheinbabenallee für seinen Geschäftsbetrieb. Der Buchwert des Grund und Bodens beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 1.664, der Buchwert des Gebäudes nebst Tiefgarage TEUR 1.738.

Die Anzeige gemäß § 54 Abs. 2a VAG über die im Berichtsjahr erworbenen Grundstücke an die Aufsichtsbehörde ist erfolgt.

b) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften des VAG. Die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Wertpapierspezialfonds, Inhaberschuldverschreibungen sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt.

Im Berichtsjahr wurden keine Abschreibungen wegen gesunkener Kurswerte vorgenommen.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften der § 54 VAG i.V.m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen hinsichtlich der Anlageformen und -grenzen beachtet.

2. Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer waren wegen der Vorläufigkeit der Sollstellung für die Beiträge bis zur endgültigen Veranlagung sowie für sich im Vollstreckungsverfahren befindliche Forderungen und Forderungen aus Vorjahren Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 1.500 (Vj. TEUR 1.500) vorzunehmen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer stehen im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern.

Die Wertberichtigung auf Mietforderungen wegen des enthaltenen Ausfallrisikos beträgt TEUR 513 (Vj. TEUR 528). Des Weiteren wurde auf Forderungen aus noch nicht abgerechneten Betriebs- und Heizkosten ein pauschaler Wertabschlag für einen eventuell nicht umlagefähigen Anteil von TEUR 750 (Vj. TEUR 596) vorgenommen.

3. Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten weist eine Zins-Sicherungsgebühr in Höhe von TEUR 186 (Vj. TEUR 211) aus. Die Auflösung erfolgt anteilig über die Zinsfestschreibungszeit für das Darlehen.

4. Überschussrückstellungen

Zum 31. Dezember 2005 wurde kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt. Der Jahresüberschuss wird in voller Höhe der Überschussrückstellung zugeführt.

Im Vorjahr wurde ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt und die Überschussrückstellung wurde in voller Höhe entnommen und der Deckungsrückstellung sowie der Rückstellung für Leistungsverbesserung zugewiesen.

5. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend dem versicherungsmathematischen Gutachten von Herrn Diplom-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht zum 31. Dezember 2004 unter Berücksichtigung der Satzungsänderung vom 20. Juni 2002, die am 18. Dezember 2003 von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurde, bilanziert. Die in der Satzungsänderung enthaltene pauschale Kürzungsregelung wurde im versicherungsmathematischen Gutachten zum 31. Dezember 2004 erstmals angewendet.

6. Andere Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Versicherungsmathematiker, Jahresabschluss sowie Prozesskostenrisiko enthalten.

7. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitenspiegel zum 31. Dezember 2005

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR	
1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmer	1.611.473,01	1.611.473,01	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	513.181,67	513.181,67	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.132.464,14	21.199,73	94.633,74	10.016.630,67	932.464,14
Vorjahr	10.152.763,04	20.298,90	90.612,55	10.041.851,59	952.763,04
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.182.521,38	2.182.521,38	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	2.144.179,56	2.144.179,56	0,00	0,00	0,00
	13.926.458,53	3.815.194,12	94.633,74	10.016.630,67	932.464,14
Vorjahr	12.810.124,27	2.677.660,13	90.612,55	10.041.851,59	952.763,04

Ein Darlehen ist durch eine Grundschuld besichert.

8. Verdiente/ gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2005 waren ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen sowie eventueller Beitragsrückzahlungen zu erfassen. Des Weiteren werden Beiträge aus Überleitungen in Höhe von TEUR 435 (Vj. TEUR 736) ausgewiesen.

Aufgrund der Änderung der Rechtsauffassung bezüglich § 18 Abs. 5 der Satzung sind Rückerstattungen in Höhe von TEUR 2.739 zu verzeichnen gewesen. Aus der Erfassung in 2006 sind noch Erstattungen für Vorjahre in Höhe von TEUR 376, die das Jahresergebnis 2006 belasten werden, zu erwarten.

9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 46,23 : 53,77 (Vj. 48,49 : 51,51) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der in der Vermögensverwaltung beschäftigten Mitarbeiter im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

III. Sonstige Pflichtangaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die für die Bewertung der Finanzanlagen des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, ergeben sich aus Abnahmeverpflichtungen für Multitranchen - Schuldscheindarlehen und betragen insgesamt 50 Mio. EUR (Vj. 50 Mio. EUR).

Für eine im Vorjahr erworbene Immobilie besteht eine Verpflichtung in Höhe von maximal TEUR 140, da der Veräußerer des Objektes bis zum Jahr 2009 zu 50 % an der Umsatzmiete beteiligt ist.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Abs. 3 HGB, die für die Bewertung der Finanzanlage des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, existieren nicht.

2. Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 24 (Vj. 26) Mitarbeiter im Versorgungswerk beschäftigt.

3. Angabe zu den Unternehmensorganen

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung gemäß § 285 Nr. 9a HGB wird gemäß § 268 Abs. 4 HGB verzichtet.

Berlin, den 23. Juni 2006

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Dr. Wolfgang Schmiedel
(Präsident)

gez. Albert Essink
(Vorsitzender Verwaltungsausschuss)



V E R S O R G U N G S W E R K
Z A H N Ä R Z T E K A M M E R B E R L I N K . d . ö . R .

L a g e b e r i c h t

des

Versorgungswerkes

der

Zahnärztekammer Berlin

zum

Jahresabschluß 2005

Inhaltsverzeichnis

1. **Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**
2. **Der Vorstand**
3. **Der Verwaltungsausschuß**
4. **Personalbestand**
5. **Mitgliederbewegung**
6. **Vermögensanlagen**
7. **Versicherungsmathematik**
8. **Ausblick**

1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz, zuletzt geändert am 15. Oktober 2001, und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.12.1989 die Neufassung der Satzung vom 13.11.1989, zuletzt geändert zum 01.01.2005.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluß der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluß der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten.

Mit Beschluß der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landeszahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen.

Die Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen.

2. Der Vorstand

Dem Vorstand der Zahnärztekammer Berlin gehörten im Berichtszeitraum an:

als Vorsitzender: Präsident Dr. Wolfgang Schmiedel
 Vizepräsident Dr. Jürgen Gromball

als Beisitzer: Dr. Lore Gewehr
 Dr. Lewon Tunjan
 Dr. Olaf Piepenhagen
 Dr. Arnt Gerstenberger bis 28.04.2005
 Karsten Geist ab 28.04.2005
 Dr. Peter-Michael Troester

Der Vorstand der Zahnärztekammer Berlin nimmt gemäß § 4 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin die Funktion des Aufsichtsorgans wahr. Er ist satzungsgemäß die Widerspruchsinstanz des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Des weiteren bestellt der Vorstand gemäß § 4 Ziffer 5 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin im Einvernehmen mit der Delegiertenversammlung und dem Verwaltungsausschuß den mathematischen Sachverständigen und den Finanzsachverständigen.

3. Der Verwaltungsausschuß

Der Verwaltungsausschuß wurde auf der Delegiertenversammlung am 20. März 2003 gewählt. Der Verwaltungsausschuß wählte in seiner konstituierenden Sitzung am 4. April 2003 den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter:

als Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
als stellvertretender Vorsitzender:	Rolf Janowski, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weißlau, Brandenburg

Dem Verwaltungsausschuß sind gemäß § 4 Ziffer 5 der Satzung die vom Vorstand bestellten Sachverständigen beigeordnet:

als Finanzsachverständiger	Bankdirektor a.D. Ulrich Dassel, Berlin,
als mathematischer Sachverständiger	Dipl.-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht, Düsseldorf

Der Verwaltungsausschuß bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

4. Personalbestand:

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes zum 31.12.2005 dar:

Abteilung	Mitarbeiter per 31.12.2001	Mitarbeiter per 31.12.2002	Mitarbeiter per 31.12.2003	Mitarbeiter per 31.12.2004	Mitarbeiter per 31.12.2005
Sekretariat	2	2	2	2	2
Wertpapierverwaltung/ Controlling/ Berichtswesen				1	1
EDV/Informatik	1	1	1	1	1
Versicherungsmathematik	1	1,5	1,5	1	1
Mitgliederverwaltung	4	4	4	5,5	6
Finanzbuchhaltung	3	3	3	3	3
Immobilienverwaltung	4	4	6	8	7
Allgemeine Bearbeitung	-	2	2	2	2
Gesamt	15	17	19	23	23

Die Abteilungen Mitgliederverwaltung, Finanzbuchhaltung sowie Immobilienverwaltung werden durch Abteilungsleiterinnen geführt.

Die zu Beginn des Jahres 2004 neu eingestellte Mitarbeiterin für Wertpapierverwaltung, Controlling und Berichtswesen hat sich umfassend eingearbeitet und sichert die notwendige Informationszusammenführung für die Geschäftsführung ab. Der Bereich des Controllings wird Abteilungsweise aufgebaut, wobei die Aufbauschwerpunkte entsprechend aktueller Fragestellungen gesetzt werden.

Der Umfang der Kapitalanlagestruktur und die steigenden Anforderungen der Aufsichtsbehörden an das laufende Berichtswesen werden ebenso wie die gesetzlich notwendige Struktur von Front- und Backoffice perspektivisch eher zu einer Stellenausweitung in diesem Bereich führen.

Die Einführung von Abteilungsleiterpositionen und deren Einarbeitung ist abgeschlossen und bewährt sich. Die abteilungsinterne Umsetzung des Vieraugenprinzips ist ebenso gesichert wie die Vertretung des Direktors bei dessen Abwesenheit, so daß der reibungslose Ablauf innerhalb der Abteilungen mit einer größtmöglichen Kompetenz gesichert wird.

Im Rahmen der Neuausrichtung der Immobilienverwaltung wurde das Arbeitsverhältnis mit der Mitarbeiterin für Vermietung beendet. Nach einer Übergangsphase mit der alleinigen Beauftragung von externen Maklern soll - möglich auch durch den Einsatz einer neuen Immobilienverwaltungssoftware – die Vermietung durch die bisher allein im Innendienst tätigen Immobilienkaufleute mit übernommen werden und lediglich bei besonderen Einheiten wie größeren Gewerbeflächen etc. soll ein entsprechend spezialisierter Makler zusätzlich eingeschaltet werden.

An dieser Stelle gilt unser besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für Ihren Einsatz. Nach den Jahren der Umorganisation ist ein Arbeiterteam vorhanden, welches aus dieser Phase gestärkt herausgeht. Das Mitwirken an den Umstellungen und auch jede neue Softwareeinführung hat zwar zu Streß aber auch zu einem erheblichen Know how – Zuwachs geführt.

Der Verwaltungskostensatz konnte im Berichtsjahr erfreulicherweise von 2,06 % im Vorjahr auf 1,99 % im Berichtsjahr gesenkt werden.

5. Mitgliederbewegung

Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2005 wie folgt:

	01.01.2005	Zugang	Abgang	31.12.2005
Zahnärzte Berlin	3640	160	175	3625
Zahnärzte Bremen	450	33	27	456
Zahnärzte Brandenburg	1435	52	21	1466
Tierärzte Berlin	352	3	1	354
Ausgeschieden mit Anwartschaft	155	50	8	197
Aktive Mitglieder gesamt	6032	298	232	6098
Altersrenten	451	64	11	504
BU-Renten	118	6	10	114
Witwen-/Witwerrenten	159	9	4	164
Waisenrenten	65	6	9	62
Rentenempfänger gesamt	793	85	34	844
Gesamt	6825	383	266	6942

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 117, die Zahl der Rentner um 51 gestiegen. Der Zugang im Bestand der Tierärzte beruht auf den vorgenommenen Datenbereinigungen und ist somit nur eine Umgliederung.

Das Beitragsvolumen des Berichtsjahres beläuft sich somit auf 38,683 Mio. €. Zu berücksichtigen bei der geringen Änderung ist neben der nur geringfügigen Änderung der Berechnungsgrundlage für die Regelbeiträge die steigende Zahl der Mitglieder, die einen Beitragsnachlaß wegen fehlender Einkünfte beantragen müssen ebenso, wie die gestiegene Zahl der Mitglieder im Insolvenzverfahren.

Die zwischenzeitlich laufend versandten Anwartschaftsmitteilungen mit den entsprechenden Beitragsübersichten versetzen die Mitglieder in die Lage, eventuelle Unklarheiten im Beitragsverlauf mit den Mitarbeitern zu klären, so daß jederzeit die Möglichkeit besteht, individuelle Berechnungen abzufordern.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit lag neben der normalen Bearbeitung im Berichtsjahr und liegt auch laufend in der Durchführung des Mahnsystems mit Durchführung von Pfändungen bei rückständigen Beiträgen ebenso, wie die Bearbeitung von Beitragsforderungen in Insolvenzverfahren. Ein Bereich, der im Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin vor wenigen Jahren noch völlig unbedeutend war, aber nunmehr an Bedeutung und damit notwendigem vorzuhaltenden Fachwissen gewinnt. Im Zusammenhang mit diesen Verfahren ist auch ein verstärktes Beratungsangebot des VZB und auch Beratungsbedarf der betroffenen Personen zu sehen. In vielen Fällen kann Aufklärung und Beratung durch die Verwaltung Lösungsansätze bieten.

6. Vermögensanlagen

Im Berichtsjahr war mit einer Neuanlage in reine festverzinsliche Wertpapiere der Rechnungszins nicht zu erzielen. Der Einsatz von sogenannten einfach strukturierten Produkten mit Kapitalgarantie konnte im Direktbestand eine Neuanlage über dem Rechnungszins absichern.

Die mit der Consultingfirma alpha portfolio advisors erstmals durchgeführte asset liability Studie brachte Aufschluß über die Relationen zwischen Vermögensanlagen einerseits und den gegenüberstehenden Verbindlichkeiten in Form von Anwartschaftszusagen andererseits.

Die zum Abgleich der Voraussetzungen notwendige Zusammenarbeit zwischen Consultant, Versicherungsmathematiker und Verwaltung verlief reibungslos.

Ziel der Studie war es festzustellen, ob das VZB mit dieser oder einer anderen Vermögensstruktur in der Lage ist, über einen Horizont von fünf Jahren mit hinreichender Wahrscheinlichkeit den Rechnungszins plus 1 % zu erreichen.

Insgesamt bestätigt die Studie die bislang aufgebaute Vermögensstruktur des VZB. Soweit Umschichtungen angeregt wurden – im wesentlichen zur weiteren Diversifikation und dadurch Risikoreduktion - wurden bis zur Erstellung des Berichtes gemeinsam mit dem Consultant entsprechende Ausschreibungen von Mandaten vorgenommen und die Mandate vergeben.

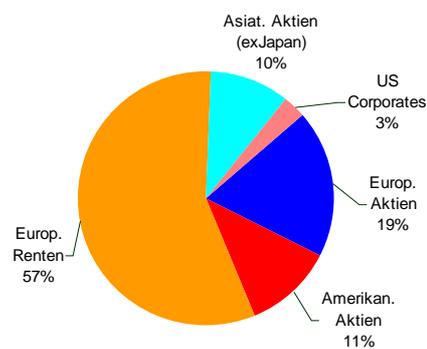
Es konnte durch die Entscheidung zur Aufrechterhaltung der Aktieninvestments innerhalb von Spezialfonds für einen Teil der Vermögensanlagen eine im Vergleich zum allgemein niedrigen Zinsniveau akzeptable Rendite erwirtschaftet werden. Notwendigerweise wird sowohl aufgrund der geltenden Vorschriften als auch aufgrund der sich erst langsam aufbauenden Reserven in den Fonds des VZB eine strenge Risikokontrolle mit laufender Ertragsprüfung durchgeführt.

Die Zusammenführung der Fondsmandate in eine Masterfondsstruktur wurde Ende 2004 begonnen und zu Beginn des Berichtsjahres abgeschlossen. Zugleich erfolgt die Umschichtung der Vermögensbestände in eine Masterdepotbank.

Diese Masterfondsstruktur gibt dem VZB eine bislang nicht dagewesene Flexibilität bezüglich des Wechsels der Manager und auch bezüglich der Risikoreduzierung durch Umschichtung von Fondsbestandteilen in die Kasse. Dies wohlgermerkt nicht vor dem Hintergrund einer taktischen Spielwiese sondern ausschließlich für die Sicherung des vorhandenen Vermögens.

Die Struktur des Masterfonds wurde neben reinen Markterwartungen auch unter Berücksichtigung einer möglichst geringen Korrelation der investierten Märkte aufgebaut.

Masterfondsstruktur



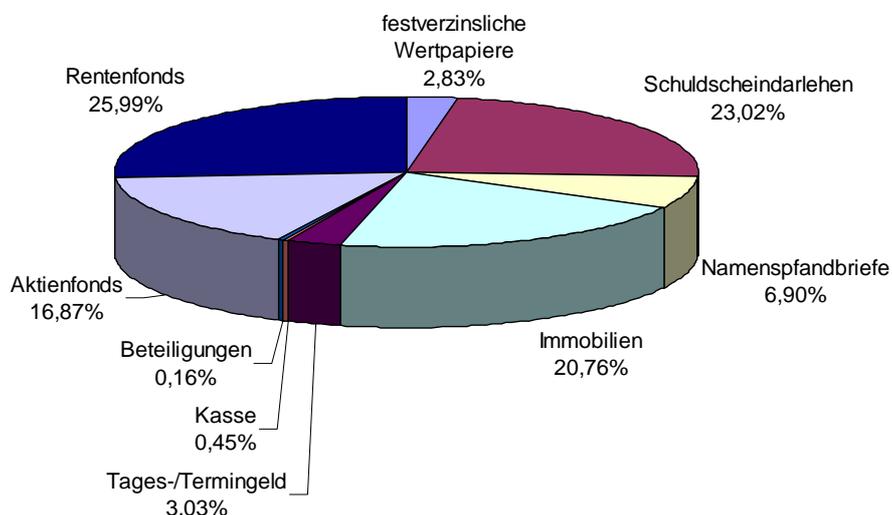
Mit Ablauf des Berichtsjahres wurde die laufende Begleitung durch den Consultant vertragsgemäß beendet, es wird in Ausschreibungen oder Spezialprojekten aber weiter zusammengearbeitet. Ziel ist ein flexibles Consultingmodell, bei dem jeweils auf den besten Consultant für den entsprechenden Bereich zurückgegriffen werden soll und für die strategische Anlageempfehlung jeweils ein neuer Consultant eingebunden werden soll.

Die laufende Begleitung wurde beendet, da nach gemeinsamer Analyse mit dem Consultant hier dem VZB kein weiterer Mehrwert geboten werden konnte. Dies unter anderem auch deshalb, weil das VZB neben einem sehr umfassenden internen Berichtswesen der Verwaltung auf ein vergleichendes Berichtswesen der Masterdepotbank zurückgreifen kann und somit die entsprechenden Streßanalysen etc. zusätzlich bereits von externer Stelle erhält. Eine laufende Prüfung und Abstimmung der eigenen Daten durch Dritte wird damit ermöglicht.

Für die Aufstellung der Bilanz per 31. Dezember 2005 wurde vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB wie in den Vorjahren mit einer Ausnahme erneut kein Gebrauch gemacht. Wie bisher wurden die Kapitalanlagen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die direkt gehaltenen Inhaberschuldverschreibungen werden wie die Namenspapiere mit dem Nennwert bilanziert, da die Rückzahlung auch zum Nennwert erfolgt.

Das Vermögen war im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 6,95 % bzw. einer Effektivverzinsung von 4,75 % angelegt.

Mit den zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln wurden im Direktbestand überwiegend festverzinsliche Wertpapiere (Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe) erworben, womit sich die nachfolgende Struktur der Vermögensanlage zum 31.12.2005 ergibt:



Der Immobilienbestand

Im Berichtsjahr wurden folgende Immobilien erworben bzw. veräußert:

Erwerbungen:

Hallesche Str. 17 in 06366 Köthen , Kaufpreis 250 T€ zzgl. Nebenkosten

Es handelt sich um ein Bürohaus (Altbau), welches aufgrund der in das Grundstück „Amtsgericht“ eingeschobenen Lage als Abrundung des Grundstückes und als Potential für Erweiterungen des Amtsgerichtsgebäudes zu einem geringen Preis erworben wurde.

Ein weiteres Objekt (Wohnhaus in Berlin Mitte) wurde zwar notariell beurkundet, mußte aber wegen fehlender Bankfreigabe für den Verkäufer annulliert werden. Die dem VZB entstandenen Kosten wurden vom Verkäufer erstattet.

Nach Abschluß des Berichtsjahres wurde zur Portfoliobereinigung ein größeres Immobilienpaket mit Berliner Objekten veräußert. Der Verkauf brachte einen Buchgewinn in Höhe von 2 Millionen Euro.

Für den Bereich der Immobilienanlage wurde eine gesonderte Klausurtagung des Verwaltungsausschusses abgehalten. Ziel war die Erörterung des sich ändernden Bevölkerungsumfeldes in Bezug auf die Ziele der Immobilienanlagestruktur des VZB. Die vorhandene Struktur von Immobilien im Direktbestand mit Schwerpunkt bei kleinteiligen Immobilien in Berlin bleibt erhalten, während in anderen Lagen Immobilien mit Großmietern Vorzug gegeben wird. Für besondere Themen im Immobilienbereich sowie weiter entfernt liegende interessante Lagen sollen entsprechend alternative Lösungen zum Direktbestand gefunden werden.

7. Versicherungsmathematik

Aufgrund der beschlossenen dreijährigen Aussetzung der Dynamisierung für Renten, die am 01.01.2003 bereits eingewiesen waren, hatten Verwaltungsausschuß und Vorstand der Zahnärztekammer Berlin beschlossen, gemäß § 24 Abs. 3 der Satzung für die Jahre 2002 bis 2004 wiederum nur ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellen zu lassen und über die Mittelverwendung der Überschüsse für diese drei Jahre insgesamt zu entscheiden. Damit wird dem Beschluß der Delegiertenversammlung Rechnung getragen und vor dem 31.12.2005 eine Ausschüttung von erwirtschafteten Überschüssen an die Mitglieder vorgenommen. Es bleibt aber auch festzuhalten, daß das Versorgungswerk unter Berücksichtigung der Langfristigkeit der Kapitalanlagen die aktuellen Marktschwankungen so besser kompensieren kann, um den Rechnungszins insgesamt zu erzielen.

Somit war aus den Ergebnisbeiträgen der Kalenderjahre 2002 bis 2004 ein versicherungsmathematisches Gutachten zu erstellen, welches durch den bestellten Versicherungsmathematiker Hans-Jürgen Knecht am 31.08.2005 dem Verwaltungsausschuß und Vorstand vorgelegt wurde.

Gemäß diesem Gutachten befindet sich das VZB nach den turbulenten vergangenen Jahren auf einem konsolidierten Niveau, die Vermögensanlagen stehen in Einklang mit den Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern.

Auf Basis dieses Gutachtens konnte die Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin in ihrer Sitzung am 17. November 2005 der Beschlußempfehlung von Vorstand und Verwaltungsausschuß auf Anraten des Versicherungsmathematikers Hans-Jürgen Knecht folgen und eine Dynamisierung von Anwartschaften und Renten zum 01.01.2005 in Höhe von 2 % beschließen.

Gemäß der Übergangsregelung des § 12a der Satzung erfolgt hierbei keine tatsächliche Erhöhung der Zahlbeträge an die Rentner, wohl aber wird die fiktiv gekürzt ermittelte Rente um diesen Satz erhöht, was zu einer entsprechenden Kürzung des Aussparungszeitraumes führt. Die Rentner erhielten entsprechende erläuternde Mitteilungen und Berechnungen.

8. Ausblick

Hinsichtlich der Kapitalanlagen ist es Ziel, den Immobilienbestand weiterhin in einer Größe von 20 % des Vermögens zu halten. Mit einem in Spezialfonds verwalteten Aktienbestand in einer Bandbreite von 16 % bis 24 % des Gesamtvermögens wird dem Umstand Rechnung getragen, weiterhin an der Entwicklung der Aktienmärkte unter strenger Risikokontrolle partizipieren zu können. Positive – wenn auch gedämpfte – Konjunkturaussichten ließen auch weiter moderat steigende Kurse erwarten und damit ein Festhalten an den o. a. Bandbreiten sinnvoll erscheinen.

Aus Risikoerwägungen werden im Direktbestand aktuell weder Aktien, nachrangige Wertpapiere noch Corporates (Industrieanleihen) erworben.

Die liquiden Mittel werden überwiegend im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere sowie in Spezialfonds angelegt. Hinsichtlich der Investitionen im Direktbestand wurden und werden fast ausschließlich Namenspapiere erworben, die entweder durch die Einlagensicherungsfonds oder im Bereich der Pfandbriefe durch Grundpfandrechte gesichert sind. Im Bereich der Spezialfonds werden aktuell keine Ausweitungen vorgenommen, da insbesondere Rentenfonds bei einem steigenden Zinsumfeld kaum Erträge erwirtschaften können. Auch macht der geringe Risikopuffer in den Aktienfonds eine sehr enge Kontrolle notwendig.

Die bei Erstellung dieses Lageberichtes bereits eingetretene Zinsangst an den Märkten hat zu einer entsprechenden Schrumpfung des erarbeiteten Risikobudgets geführt, was zu einer kurzfristigen Strategieprüfung führen wird. Festzuhalten bleibt unter der Prämisse allerdings auch, daß die Zinsangst für den Bereich der festverzinslichen Wertpapiere darauf hoffen läßt, daß auch in diesem Bereich bei steigenden Zinsen der Rechnungszins von 4 % mit der Anlage von strukturfreien Papieren wieder erreicht werden kann.

Das Thema „Rechnungstafeln“ wird – anders als früher – bereits nach 10 Jahren wieder aktuell. Wenngleich die letzten sogenannten „Sterbetafeln“ bereits eine längerfristige Vorausschau für die zukünftige Entwicklung der Sterblichkeit beinhaltet haben, soll dieses Thema aufgrund der sich verändernden Entwicklung regelmäßig angegangen werden. Ziel ist die kontinuierliche Anpassung der sich verändernden Sterblichkeiten im Bereich der Berufsständischen Versorgungswerke unter Vermeidung größerer Ausschläge durch die zeitnähere Aktualisierung dieser Rechnungsgrundlagen.

Der Verwaltungsausschuß hat, wie von der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin einstimmig beauftragt, dem Senat die Errichtung einer selbständigen Körperschaft „Versorgungswerk der Zahnärzte in Berlin“ vorgeschlagen. Unter Federführung der Senatorin für Gesundheit hat der Senat von Berlin eine Änderung des Berliner Kammergesetzes erarbeitet, die vom Berliner Abgeordnetenhaus am 8. Juni 2006 in zweiter Lesung beschlossen wurde.

Mit dieser Änderung des Berliner Kammergesetzes wird den Kammern ermöglicht, Versorgungswerke in eigene Körperschaften zu überführen, indem das Land Berlin von der Kammerversammlung mit einer Mehrheit von vier Fünfteln ihrer Mitglieder ersucht wird, ein bestehendes Versorgungswerk im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in eine rechtsfähige Körperschaft umzuwandeln.

Nachdem auf der kurzfristig zur Beschleunigung des Verfahrens geplanten zusätzlichen Delegiertenversammlung am 22.06.2006 kein Beschluß gefaßt werden konnte, da nicht genügend Delegierte anwesend waren, steht dieses Thema nunmehr auf der Tagesordnung der Delegiertenversammlung am 21. September 2006.

Dieser Beschluß stellt sozusagen vorerst den Schlußpunkt für das verfassungsrechtlich geforderte Verfahren zur stärkeren Einbeziehung der dem VZB angeschlossenen Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen sowie der Landeszahnärztekammer Brandenburg dar.

Berlin, 23.06.2006

Dr. Wolfgang Schmiedel
Präsident

Albert Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses